

**Gesetz zu dem Abkommen vom 21. Juni 2005-  
zur Änderung des Abkommens über  
das Deutsche Institut für Bautechnik**

Vom 6. Dezember 2006

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

Dem am 21. Juni 2005 vom Land Brandenburg unterzeichneten Abkommen zur Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

§ 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem dieses Abkommen nach seiner Nummer 2 in Kraft tritt, ist im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg Teil I bekannt zu geben.

Potsdam, den 6. Dezember 2006

Der Präsident  
Des Landtages Brandenburg

Gunter Fritsch

**Abkommen zur Änderung des Abkommens  
über das Deutsche Institut für Bautechnik  
(DIBt-Änderungsabkommen)**

Die Bundesrepublik Deutschland

und

das Land Baden-Württemberg,

der Freistaat Bayern,

Seite 2

das Land Berlin,

das Land Brandenburg,

die Freie Hansestadt Bremen,

die Freie und Hansestadt Hamburg,

das Land Hessen,

das Land Mecklenburg-Vorpommern,

das Land Niedersachsen,

das Land Nordrhein-Westfalen,

das Land Rheinland-Pfalz,

das Saarland,

der Freistaat Sachsen,

das Land Sachsen-Anhalt,

das Land Schleswig-Holstein,

der Freistaat Thüringen

vereinbaren, vorbehaltlich der Zustimmung ihrer gesetzgebenden Körperschaften, soweit diese durch die Verfassung vorgeschrieben ist, die nachstehenden Änderungen des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik:

1. Das Abkommen über das Deutsche Institut für Bautechnik wird wie folgt geändert:

a) Artikel 2 wird wie folgt geändert:

aa) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„(2) Das Institut hat die Aufgabe, die für die Marktaufsicht im Sinne von § 13 Bauproduktengesetz zuständigen Behörden fachlich zu beraten sowie die Marktaufsichtsverfahren der Länder zu koordinieren. Das Institut kann hierzu Gutachten und Prüfungen in Auftrag geben.“

bb) Die bisherigen Absätze 2, 3, 4 und 5 werden die Absätze 3, 4, 5 und 6.

cc) Im neuen Absatz 4 wird die Angabe „Absatz 5“ durch die Angabe „Absatz 6“ ersetzt.

b) In Artikel 5 Abs. 2 wird die Angabe „Artikel 2 Abs. 1, 2, 4 und 5“ durch die Angabe „Artikel 2 Abs. 1, 2, 3, 5 und 6“ ersetzt.

Seite 3

- c) Artikel 7 wird wie folgt geändert:
    - aa) In Absatz 2 Satz 1 Nr. 7 wird die Angabe „Artikel 2 Abs. 4 Nr. 2“ durch die Angabe „Artikel 2 Abs. 5 Nr. 2“ ersetzt.
    - bb) In Absatz 5 Satz 5 wird die Angabe „Artikel 2 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 4 Nr. 2 und Abs. 5 Nr. 1“ durch die Angabe „Artikel 2 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 5 Nr. 2 und Abs. 6 Nr. 1“ ersetzt.
  - d) In Artikel 9 Abs. 2 wird die Angabe "Artikel 2 Abs. 2" durch die Angabe "Artikel 2 Abs. 3" ersetzt.
  - e) In der Protokollnotiz zu Artikel 15 Abs. 1 wird die Angabe „Artikel 2 Abs. 4 Nr. 2“ durch die Angabe „Artikel 2 Abs. 5 Nr. 2“ ersetzt.
2. Dieses Abkommen tritt am 1. des Monats in Kraft, der dem Monat folgt, in dem die letzte der von den Beteiligten ausgefertigten Vertragsurkunden der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung des Landes Berlin zugeht.

Für die Bundesrepublik Deutschland:

das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen  
Dr. Lütke Daldrup            Berlin, den 14. Februar 2006

Für das Land Baden-Württemberg:

Minister des Innern  
Heribert Rech            Stuttgart, den 13. Dezember 2004

Für den Freistaat Bayern:

Staatsminister des Innern  
Dr. Günther Beckstein    München, den 19. Januar 2005

Für das Land Berlin:

Senatorin für Stadtentwicklung  
Ingeborg Runge-Reyer    Berlin, den 10. März 2005

Für das Land Brandenburg:

Minister für Infrastruktur und Raumordnung  
Frank Szymanski            Potsdam, den 21. Juni 2005

Für die Freie Hansestadt Bremen:

Senator für Bau, Umwelt und Verkehr  
Ronald-Mike Neumeyer    Bremen, den 1. Februar 2006

Seite 4

Für die Freie und Hansestadt Hamburg:  
Senator für Stadtentwicklung und Umwelt  
Dr. Michael Freytag      Hamburg, 17. März 2006

Für das Land Hessen  
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung  
Dr. Alois Rhiel      Wiesbaden, den 10 November 2004

Für das Land Mecklenburg-Vorpommern:  
Minister für Arbeit, Bau und Landesentwicklung  
Helmut Holter      Schwerin, den 24. Januar 2005

Für das Land Niedersachsen:  
Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit  
Dr. Ursula von der Leyen      Hannover, den 9. März 2005

Für das Land Nordrhein-Westfalen:  
Minister für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport  
Dr. Michael Vesper      Düsseldorf, den 7. Juli 2004

Für das Land Rheinland-Pfalz:  
Minister der Finanzen  
Gernot Mittler      Mainz, den 24. September 2004

Für das Saarland  
Minister für Umwelt  
Stefan Mörsdorf      Saarbrücken, den 10. Januar 2005

Für den Freistaat Sachsen:  
Staatsminister des Innern  
Horst Rasch      Dresden, den 23. Juli 2004

Für das Land Sachsen-Anhalt:  
Minister für Bau und Verkehr  
Dr. Karl-Heinz Daehre      Magdeburg, den 14. Oktober 2004

Für das Land Schleswig-Holstein:  
Minister des Innern  
Klaus Buß      Kiel, den 26. Oktober 2004

Für den Freistaat Thüringen:  
Minister für Bau und Verkehr  
Andreas Trautvetter      Erfurt, den 21. September 2005